

Berlin, Mittwoch,

den 14. December 1904.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Dichtungslisten
der Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungs-Tabellen
mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische
Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.
Reclamezeit 80 Pf.

Herausgeber:
Ant I, Nr. 243.

Die Zeitung erscheint in der Woche
zwölfmal.
Bezugs-Preis:
vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf.
ohne Postlohn, für ganz Deutschland
und Oesterreich 9 Mk.

für Frankreich, Belgien, England,
Schweiz, Amerika u. s. w. Streifenband
Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen
für Frankreich bei H. S. Kammel
in Straßburg i. E.,
für England bei H. S. Kammel & Co. in
London, 19 Brechin Street E. C.

Telegramm-Adresse:
Börsenkrone.

Expedition der Berliner Börsen-Beitung: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37.
Annahme der Inserate: in der Expedition.

Hierzu als IV. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Deutschland und das Weltmächts- problem.

Bis in den Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts konnte es scheinen, als ob die sociale Frage und deren Lösung in den Gedanken der Europäischen Völker fortan die erste Stelle einnehmen würden. Diese Annahme hat sich indes als irrig erwiesen. Mit dem Aufstehen der Mächte Ostasiens in Folge des Sinesisch-Japanischen Krieges und mit dem Auftreten der Vereinigten Staaten von Amerika als Weltmacht nach der siegreichen Beendigung des Cubanischen Krieges ist die starke innere sociale Spannung in den Ländern Europas auf lange Zeit durch eine gewaltige äußere Spannung abgelöst worden, die sich kundthut in dem wirtschaftlichen Ausdehnungsbedürfnis der Industriestaaten und in dem dadurch veranlaßten Streite um die Theilung der Erde. Seit der Jahrhundertwende steht nicht mehr das sociale, sondern das weltpolitische Problem im Vordergrund, bei dem es sich für die einzelnen daran beteiligten Staaten und Völker darum handelt, ihre wirtschaftspolitische Interessensphäre möglichst weit auszudehnen, einen möglichst guten „Platz an der Sonne“ zu erlangen. Die Unzufriedenheit mit diesem Wandel der Dinge ist wohl der eigentliche Grund für die ablehnende Haltung der Socialdemokratie gegenüber der Deutschen Weltpolitik, die sie als einen schlaun Kniff der „Bourgeois-Politiker“, die Aufmerksamkeit der unzufriedenen Massen von den inneren sozialen Mißständen abzuwenden, zu verächtlichen sucht. Aber wie in anderen Staaten so ist auch in Deutschland die Ueberzeugung zur Weltpolitik die natürliche Folge der großindustriellen Entwicklung und des daraus entstehenden wirtschaftlichen Ausdehnungsbedürfnisses. Daß in weiterer Folge hiervon die sociale Frage durch das wirtschaftliche Weltmächtsproblem in den Hintergrund gedrängt worden ist, erklärt sich sehr einfach aus der immer allgemeiner werdenden Erkenntnis, daß die Lösung jener die Lösung dieses voraussetzt.

Die eigentliche Ursache, daß die Weltmächtsfrage unter den Problemen der Gegenwart die erste Stelle einnimmt, ist der scheinbar unerfäßliche Ausdehnungsdrang Englands, seine deutliche Absicht, jedes Stück Erde, das nicht schon vertheidigungsfräftige weiße Westler oder Schutzherrn hat, unter seine wirtschaftspolitische Botmäßigkeit zu bringen. Hierdurch setzen sich die anderen kampfbedürftigen Völker gezwungen, auch ihrerseits für die Befriedigung ihres eigenen Ausdehnungsdranges Raum zu gewinnen. Bei diesem Ringen nach Weltmächtsstellung handelt es sich jedoch nicht, wie man von gewissen Seiten Deutschland unterchieben möchte, um einen abenteuerlichen Drang des Deutschen Kaisers, sondern um die Erkenntnis von der Nothwendigkeit, dem Deutschen Volkthum die politische Machtform zu schaffen, in der zukünftig, wie die Schrift „Der Kaiser, die Kultur und die Kunst“ von Georg Müller zutreffend bemerkt, einzig und allein noch politisch selbständige Volksthümer mit eigener Kultur bestehen werden. Denn es ist ein gewaltiger Irrthum, zu glauben, es stehe heute noch bei uns, zu entscheiden, ob wir eine Europäische Großmacht bleiben oder eine Weltmacht werden wollen. Zur Entscheidung steht heute nur die Frage, ob das Deutsche Reich die Kraft und den Willen hat, sich als gleichberechtigt neben die anderen Weltmächte zu stellen und sich in dieser Stellung zu behaupten. Das Deutsche Reich hat nur die Wahl, entweder selbst Welt-

macht zu sein oder in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von den Weltmächten zu gerathen, ein Weltkleinstaat zu werden.

Wer sich hierüber klar geworden ist, dem kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß das Deutsche Reich Weltpolitik treiben muß, wenn anders das Deutschthum noch eine Zukunft haben soll. Weltpolitik setzt aber entsprechende militärische Machtmittel voraus, namentlich Seegewalt. In diesem Sinne sind die Worte Kaiser Wilhelm's II. zu verstehen: „Reichsgewalt ist Seegewalt“ und „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“. Dank seiner starken Küstung zu Lande ist es dem Deutschen Reiche gelungen, erfolgreich für die Erhaltung des Friedens in Europa zu wirken, in der Frage der Erhaltung des Weltfriedens wird aber das Gewicht seiner Stimme vornehmlich von der Stärke seiner Seegewalt abhängen. Denn das, was einem Volke einigermassen Gewähr dafür geben kann, daß seine Aufzählung von dem, was ihm als Nation gegenüber anderen Nationen mit Recht zukommt, wirklich geachtet und durchgesetzt wird, ist einzig und allein eine starke Wehrkraft zu Wasser und zu Lande. Die Gefahr, Unrecht zu erleiden in weltpolitischen Angelegenheiten, nimmt im Verhältnis der militärischen Unterlegenheit zu. Internationale Schiedsgerichts-Verträge sind gewiß recht sehr geeignet, internationale Streitfragen friedlich zu lösen, aber nur insoweit, als es sich dabei nicht um nationale Lebensfragen für einen der Streittheile handelt. Ein internationaler Schiedsgerichtshof, dem nicht eine Kriegsmacht zu Gebote steht, die der der streitenden Staaten so überlegen ist, daß jeder Widerstand gegen eine gewaltthätige Durchsührung des Rechtsspruches hoffnungslos erscheint, wird seinen Entscheidungen nur in den Fällen eine ausschlaggebende Bedeutung zuschreiben können, wo die Streitfragen nicht um den Lebensinteressen irgend eines Großstaates oder überhaupt mit der Auffassung irgend eines Staates von dem, was seine Nation erhebt, zusammenfallen. Man wolle daher den Werth internationaler Schiedsgerichte und Schiedsverträge für die friedliche Beilegung internationaler Streitfragen nicht überschätzen, sondern sich überzeugen halten, daß die sicherste Gewähr freier nationaler Entwicklung und Bethätigung eine starke, den Gegnern Achtung und Furcht einflößende Küstung ist. Nur Mangel an Einblick in die wirkliche Lage der Dinge und utopische Neigungen können den Gedanken an die Möglichkeit einer allgemeinen Abrüstung und die Herstellung des ewigen Friedens durch internationale Schiedsgerichte aufkommen lassen in einer Zeit, wo gerade die kräftigsten Kulturvölker in der intensivsten Entwicklung ihrer Wehrkraft eine dringende Nothwendigkeit sehen, um in den bevorstehenden weltpolitischen Entscheidungen nicht zu kurz zu kommen. Sehr zutreffend sagt Präsident Roosevelt in seiner Botschaft an den Congress der Vereinigten Staaten von Amerika: So lange nicht Mittel und Wege gefunden sind, Nationen, die ein Unrecht begehen, einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen, wäre es für die Kulturnationen eine böse Sache, abzurufen. Eine vollständige Abrüstung von Seiten der großen Kulturvölker würde gleichbedeutend mit einem sofortigen Rückfall in die Barbarei in der einen oder anderen Form sein. Ein großes und freies Volk sei es sich selbst und der Menschheit schuldig, vor den Mächten des Bösen nicht zur Hilflosigkeit herabzusinken.

Dies gilt vornehmlich vom Deutschen Volke, dessen geschichtliche Vergangenheit es berechtigt und verpflichtet, auf die Lösung des Weltmächtsproblems einen bestimmten Einfluß auszuüben.

K.

Telegramme.

Coburg, 13. December. (C. T. C.) Die Kronprinzessin von Rumänien ist heute Nachmittag zum Besuch ihrer Mutter, der Herzogin Marie, hier eingetroffen.

Paris, 13. December. (C. T. C.) In der Deputirtenkammer brachte Ministerpräsident Combes eine Vorlage ein, durch welche ein Betrag von 100 000 Francs als Beihilfe für den unter dem Protectorate des Präsidenten Loubet stehenden internationalen Tuberculosecongress gefordert wird. Hierauf nahm die Kammer die Beratung des Einkommensteuergesetzes wieder auf.

In den Wandelgängen der Kammer verlaunet, daß die Regierung angesichts der Unmöglichkeit der Beschließung des Budgets vor dem 31. December in der nächsten Woche die Bewilligung eines provisorischen Zwölftels nachsuchen werde.

Im Verfolg der Ratification des Französisch-Siamesischen Abkommens hat die Siamesische Regierung den Französischen Consul Badoux zum gesetzgebenden Beirath und den Obersten Boulet zum Obercommandirenden der Eingeborenen-Truppen in den Provinzen Battambang und Siem-reap ernannt.

Paris, 13. December. (C. T. C.) Der Senat nahm einen Gesetzentwurf an, wonach der Artikel des Code civil abgeändert wird, der dem wegen Ehebruchs Geschiedenen untersagt, seinen Wittensschulden zu beirathen.

Paris, 13. December. (C. T. C.) Die Untersuchungskommission für die Nordsee-Angelegenheit wird wahrscheinlich am nächsten Dienstag oder Mittwoch im Ministerium des Aeußern zusammenzutreten. In ihrer ersten Sitzung wird die Kommission das fünfte Mitglied wählen und sich dann bis zum Januar vertragen. Ueber die Frage der Offenheit der Sitzungen werden die beteiligten Regierungen entscheiden.

Paris, 13. December. (C. T. C.) Präsident Loubet empfing heute Nachmittag den Französischen Botschafter in Petersburg Komar, der ihm ein Handschreiben des Kaisers Nikolaus überreichte.

Rom, 13. December. (C. T. C.) Deputirtenkammer. Bei Beratung der Adressen wurde als Antwort auf die Ehrenrede führt Ferri (Soc.) aus, die Ehrenrede habe nichts über den allgemeinen Mißstand und über die Entscheidung enthalten; der Ausblick sei nicht das Best einer kleinen den Ausländern bezugenden Zahl gewesen, sondern eine feierliche Protestkundgebung des Proletariats. Die Gruppe der Socialisten und das Proletariat sollten sich allen Beschränkungen des Auslandsrechts widersetzen. Taroni (Republikaner) tritt für die Nothwendigkeit wirtschaftlicher Reformen ein. Sonnino fordert das Ministerium auf, sich über die Militär- und Eisenbahnfrage zu äußern. Ministerpräsident Giolitti stellt in Abrede, daß es der neuen Kammer an politischer Information fehle und daß sie das Resultat einer Ueberholung sei. Da Ferri und seine Freunde die Demission des Ministeriums wollten, habe die Regierung an das Land appellirt, dessen Antwort bereit war, daß sie keinen Zweifel zuließ. Der Minister fährt fort: In der Ehrenrede konnte man nicht viele Einzelheiten über das Arbeitsprogramm geben. Die Frage der Entscheidung wurde auf fast einstimmigen Beschluß der früheren Kammer zurückgestellt. Bei dem letzten Wahlkampfe sprach fast Niemand von der Entscheidung, der ich übrigens günstig gegenüberstehe. Bei den Wahlen im September, die für Jedermann und besonders für die Regierung schmerzlich waren, hätten sich gewisse Ausschreitungen nicht ereignet, wenn die Agitatoren auf der verschiedenen Kulturzustand und Geist der Bevölkerung Rücksicht genommen hätten. Jedenfalls ist es durchaus ungerathet, die Regierung für einige bebauenswerthe Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Das Militär wurde von den Ausschreitungen angegriffen und beschränkte sich auf seine Vertheidigung. Wenn ein Beamter seine Pflicht nicht that, wurde er bestraft. Gegenüber dem allgemeinen Mißstande hatte die Regierung sich vorgenommen, den Ausstand nicht gewaltiam zu unterdrücken; sie hatte Vertrauen in den guten Geist der Bevölkerung, in der Ueberzeugung, daß es sich nur um eine vorübergehende Verwirrung handelte. Sie empfiehlt daher den Präfecten Maß-